

einse der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gestellt werden. Es wird daran die Bitte um Auskunft geknüpft, ob das Ersuchen in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt ist.

Guter Rat ist teuer.

Untaugliche Vorschläge über Oberschlesien.

Wer das Recht nicht will, hat es gar nicht so leicht, das Unrecht in eine Form zu bringen, der man den wahren Kern und Inhalt nicht sofort ansieht. Friedensvertrag und Volksabstimmung in Oberschlesien haben klar ergeben, daß dieses Land nicht aus seinem Zusammenhang mit Deutschland herausgerissen werden darf. Aber die Franzosen wollen nun einmal den besten Teil davon ihren polnischen Freunden zuschieben, und wenn man das Recht nicht gar zu offensichtlich brechen will, versucht man es eben irgendwie zu biegen. Diesem Zwecke sollen einige „Vermittlungsvorschläge“ dienen, die nur den Sinn haben, eine klare und gerechte Entscheidung hinauszuzögern. So wird gemeldet, daß ein englisch-italienischer Vorschlag aus Opatowitz in Paris eingetroffen sei, in welchem beantragt wird, vor der Entscheidung des Obersten Rates Deutschland und Polen diejenigen Kreise Oberschlesiens zu übergeben, die nicht mehr kritisch gemacht werden können. Die beiden Kommissare sehen in diesem Vorschlag ein Mittel, die internationalen Truppen in den kritischen Kreisen zu konzentrieren und dadurch die Entsendungen von Truppenverstärkungen überflüssig zu machen.

Eine Dauer-Kommission.

Wenn dieser Vorschlag wenigstens noch das eine Gute an sich hat, daß dadurch eine neue Verdrückung der Provinz mit französischen Truppen vermieden werden soll, so muß man doch dagegen Einspruch erheben, daß überhaupt irgendwelche Kreise Oberschlesiens aus dem Abstimmungsgebiet herausgenommen und an Polen gegeben werden sollen. Es gibt keine Kreise, die unstrittig zu Polen gehören, denn das Abstimmungsgebiet kann gerecht nur als Ganzes bewertet werden. Weltbedenklicher erscheint daneben ein anderer Plan, der die gegenwärtige Herrschaft der alliierten Mächte in Oberschlesien auf sehr weite Zukunft hinaus verlängern will. Danach soll Oberschlesien ähnlich dem Saargebiet auch weiterhin von einer Kommission, aus einem Franzosen, einem Engländer, einem Italiener, einem Deutschen, einem Polen und vielleicht auch einem Amerikaner verwalten werden. Diese Kommission würde die Aufgabe haben, Löhne und Preise, Transporttarife festzusetzen, und alle anderen Probleme, die mit dem wirtschaftlichen Leben zusammenhängen, zu behandeln. Das ober-schlesische Gebiet würde

25 bis 40 Jahre unter der Verwaltung stehen. Auch eine solche Lösung würde, falls sie wirklich ernstlich erwogen wird, dem Sinn und Buchstaben des Friedensvertrages widersprechen. Es handelt sich auch dabei um einen untauglichen Verlegenheitsvorschlag, der den Interessen Oberschlesiens selbst, um deren willen ja der Friedensvertrag angeßigt wurde, um vorübergehende (!) internationale Verwaltung bis zur Abstimmung einsetzt, der alsbald die Entscheidung folgen sollte. Die Verhandlungen um den Zeitpunkt dieser Entscheidung gehen inzwischen weiter. Nach neueren Meldungen scheint es sogar, als ob man eine Lösung finden wird. Man vermutet, daß Frankreich auf die Sachverständigenuntersuchung verzichten wird, und daß London die Verstärkung der ober-schlesischen Besatzung, um einem Beschluß der Alliierten Nachdruck verleihen zu können, gutheißen wird. Die Sitzung des Obersten Rates aber soll angeblich in die erste Hälfte des Monats August gelegt werden. Was schließlich wirklich geschehen wird, kann aus diesem Wirrwarr widersprechender Nachrichten kein Mensch erkennen, wohl man es in den maßgebenden Kreisen der Entente doch selbst noch nicht.

Der Transport der französischen Division nach Oberschlesien hat nicht nur in Oberschlesien selbst große Erregung hervorgerufen, sondern auch in Danzig, dessen Hafen als Durchgangspunkt dienen soll, falls die Reise nicht durch Deutschland gehen kann, bereits zu einer Protestbewegung Anlaß gegeben. In einer Versammlung der Funktionäre der Danziger Arbeiterschaft wurde einstimmig scharfster Einspruch gegen die französische Absicht, im Danziger Hafen Truppen zur Unterdrückung des Deutschtums in Oberschlesien auszuladen, erhoben und beschlossen, jede Arbeitsleistung zu verweigern, die irgendwie hiermit in Verbindung steht. Polnisch-französischen Besatzungsversuchen, wie sie bereits eingeleitet haben, soll durch rücksichtslose Verweigerung begegnet werden. Das Danziger Stadtparlament will gegen diese Pläne bei dem Völkerbund protestieren.

Dr. Schiffer über das Kabinett Birck

Die Politik der Mitte.

Kemfheid, 25. Juli.

Bei einer Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei hielt Reichsjustizminister Dr. Schiffer eine Rede über die auswärtige Lage, bei der er auch auf die Lage der jetzigen Regierung unter der Kanzlerschaft Dr. Bircks zu sprechen kam. Dr. Schiffer sagte dabei u. a.:

Der Reichskanzler hat vor einigen Tagen in einer Auseinandersetzung dargelegt, daß der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in der Aufhebung der Sanktionen und in der ober-schlesischen Frage mit leeren Händen vor den Reichstag treten müßte. Diese Erklärung ist teilweise so aufgelöst worden, als wenn er und die Mitglieder seines Kabinetts für ihre Person nicht geneigt seien, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte weiter zu tragen. Diese Auffassung wird den Verhältnissen nicht gerecht. Die Mächte der Entente müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Aufhebung der Sanktionen und die Zuteilung von Oberschlesien entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Birck mehr bedeutet als einen bloßen Personalwechsel. Wenn dieses Kabinett von der Macht der Ereignisse hinweggerafft wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung durchzuführen kann. Wer soll dann kommen, ein Kabinett der Rechten? Es würde sich nur kurze Zeit halten können. Ein Kabinett der Linken? Es würde das gleiche Schicksal haben. Die Auflösung des Reichstages würde eine Erstarbung der Rechten und Linken sein und eine Zerteilung der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos. Es wäre keine Wiederherstellung, die die ruhige Entwicklung und den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau gewährleisten. Fürsibar ernst ist die Situation. Von der Entscheidung über Oberschlesien hängen das Schicksal Deutschlands und die Daseinsbedingungen der ganzen Welt ab. Noch oder brauchen wir nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit über eine Politik, die darauf beruht, Deutschland zu erlösen. Noch dürfen wir hoffen, daß der gute Geist den

erringen wird, nicht unersetzbar, sondern um der ganzen Welt willen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reichstag und Steuergesetz.

Dem Reichspräsidenten Loeb ist die Ermächtigung erteilt worden, den bis zum 6. September vertagten Reichstag früher einzuberufen, falls wichtige Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dies notwendig machen sollten, und den Tag des Wiederzusammentritts etwas hinauszuschieben, falls die neuen Steuergesetzentwürfe bis Anfang September noch nicht fertig sein würden. Ob der erste Fall eintreten wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht sagen, was aber den zweiten Fall anbetrifft, so ist, dem Vernehmen nach, schon jetzt festzustellen, daß die neuen Steuergesetzentwürfe bis Anfang September noch nicht so weit sein werden, daß der Reichstag darüber verhandeln könnte. Die Ausarbeitung der neuen Steuergesetzentwürfe geht langsam vor sich und ihre Behandlung im Reichsrat erfordert weit mehr Zeit, als ursprünglich angenommen wurde.

Reform der Krankenpflege in Preußen.

Auf Anregung des Reichsverbandes der privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, der bei dem preußischen Ministerpräsidenten Stegwald bezüglich dringender Fragen in der gegenwärtigen Krankenhauspolitik vorstellig geworden war, hat dieser eine Konferenz von Sachverständigen einberufen, die nunmehr getagt hat. Alle einschlägigen Angelegenheiten wurden eingehend erörtert und mannigfache Anregungen zu einer Verbesserung und Verbesserung der Krankenhausbetriebe gegeben. Ministerialdirektor Gottstein stellte entsprechende Richtlinien in Aussicht. Auch wurde die Notwendigkeit einer engen Arbeitsgemeinschaft zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten zwischen den Vertretern der verschiedenen Arten von Krankenanstalten und den Krankenkassen von allen Seiten betont.

Ein Engländer über die schwarze Besatzung.

Ein Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt seinem Blatt über die Besatzungstruppen am Rhein. Nach einer Auseinandersetzung über das fast freundschaftliche Verhältnis der englischen und amerikanischen Truppen zu der Bevölkerung spricht er über die Schwarzen in Mainz und Wiesbaden. Man braucht nur, so schreibt er, diese Ortschaften eben zu besuchen, um die Verfassung der deutschen Bevölkerung gegen diese Truppen zu verstehen. Ganz abgesehen von den Beispielen tierischen Betragens, ist allein das Herumlaufen auf den Straßen und Bahnhöfen eine Beleidigung und Erniedrigung selbst für den Fremden.

Untersuchung im Fall Frauenborfer eingeleitet.

Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung in Sachen Frauenborfer eingeleitet. Die technische Anklage, die in Frauenborfers Auftrag die Fallschirme anfertigte, war in das strafrechtliche Verfahren nicht mit einbezogen, da die Nachbildung historischer Münzen nicht strafbar ist und die Firma auch schon durch die Person des Auftraggebers in gutem Glauben handelte. Die bis zu seiner Beurlaubung von Frauenborfer geleitete Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums erläßt einen Nachruf, in dem zum Schluß betont wird, daß Frauenborfers Verdienste und Erfolge über seinem tragischen Schicksal nicht vergessen werden dürfen.

Frankreich.

Die deutschen Sachlieferungen. Auf eine Anfrage, ob durch die direkten Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über die Sachlieferungen nicht die Reparationskommission umgangen werde, erklärte Ministerpräsident Briand, er sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen so gedeutet werden könnten. Abgesehen erklärte Ministerpräsident Briand es für unrichtig, daß Deutschland ermächtigt worden sei, durch Sachlieferungen fünf Achtel der fälligen Summen zu bezahlen, und daß in Deutschland Lokomotiven und Waggon auf Konto Reparationen bestellt worden seien.

Spanien.

Die spanische Niederlage in Marokko hat sich nachträglich als viel schlimmer herausgestellt, als man anfänglich annahm. Die Eingeborenen eroberten den festen Punkt Annual mit derartigem Ungestüm, daß jeder Widerstand geruchlos auf dem Rückzuge erlitten die Spanier große Verluste. Der kommunistische General Schibler soll sich mit einer Anzahl Offiziere selbst den Tod gegeben haben, als alles verloren war. Raub- und Mordtaten wurden er von den Aufständischen niedergemacht. In Spanien herrscht große Aufregung. Verstärkungen sind abgegangen.

Russ In- und Ausland.

Berlin. Die „Telegraphen-Union“ verbreitet eine Meldung von einem bevorstehenden Zinkpuls, der angeblich von Frankreich durch Geld unterlegt werde. Da die „Z.-U.“ selbst ihre Nachricht mit einem Fragezeichen versehen, muß abgewartet werden, ob es sich um mehr als ein Gerücht handelt.

Kassel. Der Schmiedemeister Günther und zwei Schmiedegesellen aus Bühlenschafen wurden bei Entloarbeiten vom Blitz erschlagen.

Berlin. Nach einer Havasmeldung aus London ist das Wahlsystem im Verkehr zwischen England und Frankreich vom 25. Juli ab für die Staatsangehörigen beider Länder aufgehoben.

Paris. Der „Agence Havas“ wird aus Angora gemeldet, es habe eine erbitterte Schlacht stattgefunden, die zugunsten der Türken gelaufen habe. Die Griechen hätten zahlreiche Gefangene, acht Geflügel, mehrere Maschinengewehre und viel Munition und Kriegsmaterial verloren.

London. Die Stenografin Gräfin Marckevicz, die gegen Ende 1920 zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist heute freigelassen worden.

Altenraub aus politischen Gründen.

10000 Mark Belohnung.

Berlin, 25. Juli.

Der in Berlin-Charlottenburg wohnende frühere russische Oberst Freyberg war vor einiger Zeit von linksradikaler Seite beschuldigt worden, er betreibe Anwerbungen für russische Truppenformationen, welche die Sowjetregierung bekämpfen. Die Sowjetregierung soll deshalb in Berlin angefragt, die eingeleitete Untersuchung aber kein Ergebnis gebracht haben. Jetzt drang eine Anzahl als Polizeibeamte verkleidete Leute in die Wohnung des Obersten ein, bedrohten die Frau und einen anwesenden russi-

schen Kapitän mit Revolvern und nahmen drei Koffer mit Aktensachen, Papieren usw. des nicht anwesenden Obersten mit sich. Der Verhaftete sagt aus, der Überfall wäre von verkappten Bolschewisten ausgeführt worden. Die Berliner Polizei hat auf die Entdeckung der Täter eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt.

Gerhart Hauptmann an Gorki.

Deutschlands Hilfsbereitschaft für Rußland.

Den bekannten telegraphischen Notruf Maxim Gorkis an Gerhart Hauptmann um Sendung von Lebensmitteln und Medikamenten an das von Hunger und Seuchen bedrohte russische Volk hat der deutsche Dichter in einem Telegramm beantwortet, in dem er u. a. sagt:

„Die ganze zivilisierte Welt hat Ihren Notruf gehört. Sie haben durchaus recht, wenn Sie sagen, der Glaube an Humanität sei durch den verführten Krieg und darauf folgenden Frieden, der noch immer Kriegsbemalung trägt, tief erschüttert worden. Können wir, daß der jetzigen Verunsicherung die Erleuchtung folgen wird. Lassen Sie uns mit zusammengebrachten Kräften den Glauben an diese kommende Erleuchtung aufrechterhalten. Je mehr die Welt instand ist, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sich die Menschheit erheben. Das deutsche, schwergeladene, doch allzeit hilfsbereite Volk ist schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erregt und bewegt, und ich darf getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung in dem innigen Wunsch einig sind, nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.“

Weniger vom menschlichen und mehr vom politischen Standpunkt haben die praktischen Amerikaner den auch an Sie ergangenen Ruf aufgenommen. Hoover hat an Gorki telegraphiert, die unerlässliche Vorbedingung für freies Volk sei die sofortige Freilassung der noch in Rußland gefangen gehaltenen Amerikaner.

Ein französischer Kriegsverbrecher.

180 deutsche Kriegsgefangene niedergemacht.

Paris, 25. Juli.

In dem Anstehenden Blatt „Humanité“ erhebt Henri Barlune, der Verfasser des bekannten Kriegstomans „Feuer“ gegen den Hauptmann Martin vom 134. Infanterie-Regiment die Anklage, daß er bei Meun 180 deutsche Kriegsgefangene in einem Schützengraben nach beendetem Kampf habe niederschlagen lassen. Als die Detachement zurückkam, habe der Oberst sich über die geringe Anzahl von 20 Gefangenen gewundert. Hauptmann Martin habe erklärt: Die andern sind unten im Schützengraben geblieben. Nach dem Kriege habe der inzwischen zum Major beförderte Hauptmann Martin sich dieser Tat gerahmt.

Ob Herr Briand und die französische Presse, die gemeinschaftlich so scharfe Worte über die Leipziger Urteile zu finden wußten, nunmehr auch moralische Unterstützung genug aufbringen werden, um eine Untersuchung der von Barlune ans Licht gezogenen Tat vor aller Öffentlichkeit zu verlangen? Nach den bisherigen Erfahrungen scheinen dazu keine besonders günstigen Aussichten zu bestehen.

Arbeiter und Angestellte.

Köln. (Lohnlegung der Zeitungen.) Die Kölner Buchdrucker haben die Arbeit niedergelegt. Die bürgerlichen Blätter Kölns werden bis auf weiteres nicht erscheinen. Den Grund des Ausstandes bilden Lohnstreiks. Wahrscheinlich wird vom Verlage der „Kölnischen Zeitung“ eine „Kölnische Rotzeitung“ herausgegeben.

Greifswald. (Ende des Landarbeiterstreiks.) Der Landarbeiterstreik im Kreis Greifswald ist beendet. Auf sämtlichen Gütern wird wieder gearbeitet. Auch im Bezirk Bützow, wo an zwölf Gütern gestreikt wurde, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Straßburg. (Elektrizitätsarbeiter streik.) Die Elektrizitätsarbeiter haben eine von der Direktion verfügte 25 prozentige Lohnherabsetzung abgelehnt und sind in den Streik getreten. Die Stromlieferung ist unterbrochen. Im ganzen Unterelsaß sind die Metallarbeiter ausgeperrt.

Lissa. (Bedrohliche Arbeiterbewegung.) Die Entsendung von Truppen nach dem Streikbezirk von Robe haben unter den Arbeitern, die wieder geheime Zusammenkünfte zur Gründung einer nationalen Gewerkschaft ableiten, Erregung hervorgerufen. Man machte sich auf einen Generalstreik von 200 000 Arbeitern in Lissa gefaßt, wenn nicht die Arbeitszeit gekürzt und die Löhne erhöht würden. In Robe hätten die Arbeiter in den Arsenalen Streikversuche unternommen.

Sächliche und lokale Mitteilungen.

Rauschel, den 26. Juli 1921.

Wertblatt für den 27. Juli.

Sonnenaufgang	4 ¹⁷	Monataufgang	10 ¹⁸
Sonnenuntergang	7 ⁵⁹	Monatuntergang	12 ¹⁸

1890 Beginn der Berliner Volkrevolution. — 1918 Antiholog Johannes Rantz gett.

Personalausweise für Reisen ins besetzte Gebiet. Die seit kurzem verschärfte französische Kontrollen in den rheinischen Schneisezügen gibt der preussischen Regierung Veranlassung, an die bestehenden Bestimmungen zu erinnern. Nach der von der internationalen Rheinlandkommission in Koblenz erlassenen Verkehrsverordnung bedürfen die im unbesetzten Deutschland wohnenden deutschen Staatsangehörigen zur Einreise in das besetzte Gebiet eines von der zuständigen Ortspolizeibehörde ausgestellt, mit Lichtbild versehenen Personalausweises. Außerdem müssen alle Personen, die ihren Wohnort im besetzten Gebiet nehmen wollen, einen schriftlichen Antrag auf Genehmigung der Niederlassung bei der deutschen Polizeibehörde des Ortes, an dem sie sich niederlassen wollen, einreichen.

9. Konzert.

Mittwoch, d. 27. Juli 4 Uhr nachm. (Bismarckhütte)

1. Friedensbanner! Marsch Leike
2. Ouverture z. Op. „Die Stallener in Nigler“ Rohini
3. Tropol in Lieb und Tanz. Diversifement Freiras
4. Einzug der Götter aus „Nebelgold“ Wagner
5. Myriadenblüten! Walzer Arufe
6. Musikalisches Wandspanorama. Polpourri Utms

— Unsere
Werk- und
unge wöhn
jeht in Sa
leichten W
berden, ob
der Entwic
fällt, wä
ber Karlo
wird, als
ten Befäh
— Raunh
a den d
Besuches
— Vom
nächtler
Steuere
bei dem
regelmäßig
werden ob
geschrieb
Brisumf
a weisse
zubewahr
In die
die die W
beschied
in Zahlun
der Zust
anleibe
schaffen
Weiter
bergl. von
Annahme
nahmestell
den letzten
sorderliche
— Ende
Juli geht
der sich
mit der
südlichen
Anfang
lichten Teil
Von jeht
geographi
Br unter
lierenden
vermögen
— Das
Aus gult
wärtig die
von über
fällt von
neuen Tar
deutschen
Eisenbahn
erhöhungen
gegenüber
sie lang
— Der
einer Eing
forderi
samlungen
verglie
Der Land
berufen
sichtigung
wie der
auf Grund
sagt, daß
der von 25
— Unenig
Regierung

Im W
A er Koh
er, a: 3
betrachte
zum Eigen
Dann bes
erhüper
Rostische
„Da uns
Jahr Graf
zum eigent
ohne jede
Drat.
Gelingen
auf, wor
etwas prä
als er die
der völlig
gipfelten.
Trotzdem
stehe voll
ich fragen
Der Koh
auch diese
Ernähnung
Gelingen
sich zu lä
ab, was
Wermann
sein, sah
In diesem
Die heret
bieten dür
Wermann
Meiner, W
Der Wein